



Illustration: Stephanie F. Schott für DIE ZEIT. Fotos: © G. Krumholz/Photo.com, engemann/Photo.com, P. von G. H. Müller

DIESE WOCHE



Italien: Mit ihren Budgetplänen riskiert die Regierung den Bruch mit Europa. Werden die Finanzmärkte sie stoppen? Und wie reagiert Deutschland? Seite 24/25



Hambacher Forst: Der RWE-Chef und ein Naturschützer streiten darüber, ob der Wald für den Kohleabbau weichen muss und wie das Klima zu retten ist Seite 26/27



Reich werden: Unser Autor prüft ein Angebot, mit dem er angeblich in Donald Trumps Weltraumarmee investieren kann. Ist das seine große Chance? Seite 30



Landschaftspflege

MARCUS ROHWETTERS
wöchentliche Einkaufshilfe

Als Landschaft bezeichnet man einen geografisch abgegrenzten Teil der Erdoberfläche, bisweilen auch eine Verwaltungseinheit oder eine irgendwie harmonisch gestaltete Ganzheit von irgendwas. So genau habe ich die Definition auch nicht verstanden, was freilich keine Rolle spielt, weil es hier um besondere Landschaften geht, die man ausschließlich in Möbelhäusern findet, dort aber reichlich.

Wer durch ein Einrichtungshaus seiner Wahl spaziert, ganz gleich ob Ikea, Höfner, POCO oder Was-auch-immer, kann vor lauter Landschaften kaum noch Möbel sehen. Wohnlandschaften neben Küchenlandschaften, Sofalandschaften und Schlaflandschaften, Schranklandschaften, mit Hifi- und Multimedia-landschaften als Unterkategorien. Spätestens jetzt muss jedermann einsehen, dass Landschaftsarchitekten durchaus auch in Innenräumen arbeiten können, was mir persönlich bisher nicht recht klar gewesen ist.

Irgendwann müssen also Möbeldesigner und Möbelhaus-Inneneinrichter auf die Idee gekommen sein, alles als Landschaft zu bezeichnen. Wann genau das passiert ist, lässt sich heute nicht mehr feststellen. Es dürfte jedoch deutlich vor Beginn des Landlust-, Liebe- und Leben-Booms gewesen sein. Eine weise Entscheidung, weil jetzt jeder sein hippestes Landleben genießen kann, ohne sich von der Sofalandschaft erheben zu müssen.

Feine Sache! Und nicht einmal gelogen. So wie viele Landschaften draußen, enthalten auch zahlreiche Innenlandschaften Bäume oder zumindest Teile davon. Diese stehen zwar nicht einfach so herum, sondern haben den Umweg Sägewerk-Pressspanplatte-Polstermacher genommen. Sie sind aber immer noch da. Ein echtes Stück Natur sozusagen. Zwar nicht mehr ohne Weiteres erkennbar, aber wenn Sie einmal Ihre neue Sofalandschaft aufschneiden und den Schaumstoff herausreißen, werden Sie mit etwas Glück dort tatsächlich etwas von einer echten Landschaft entdecken.

Von Verkäufern benötigt? Genervt von Werbe-Hohlsprech und Pseudo-Innovationen? Melden Sie sich: quengelzone@zeit.de – oder folgen Sie dem Autor auf Twitter unter @MRohwetter

Der Coup des Jahrhunderts

Ganz Europa wurde von Steuerräubern geplündert. Auch weil Deutschland die Partnerländer erst viel zu spät warnte

VON MANUEL DAUBENBERGER, KARSTEN POLKE-MAJEWSKI, FELIX ROHRBECK, CHRISTIAN SALEWSKI UND OLIVER SCHRÖM

Der Vernehmungssaal im Landeskriminalamt Düsseldorf ist ungefähr acht Quadratmeter groß. Die Fenster dort sind vergittert, ihre Schreie so milchig, dass man nicht hinaussehen kann. In der Mitte des Raumes steht ein großer Tisch. Dort warten bereits zwei Hauptkommissare und drei Staatsanwälte auf Benjamin Frey. Sie ermitteln im größten Steuerraub aller Zeiten, einem Jahrhundertcoup, der allein den deutschen Staat viele Milliarden Euro gekostet hat. Frey, ein hochintelligenter, asketisch wirkender Mann, ist einer der Hauptbeschuldigten. Er gehörte zum innersten Zirkel der Steuerräuber, hat an den Geschäften zu Lasten des deutschen Gemeinwesens rund 50 Millionen Euro verdient. Der Staat, so sagt er, war für ihn der Feind.

Nun, im Vernehmungssaal, sitzt er dessen Strafverfolgern gegenüber.

Es ist der 7. November 2016. »Schön, dass wir uns persönlich kennenlernen«, sagt die Staatsanwältin Anne Brothilker, die das Verfahren leitet. So wird sich Frey später erinnern. Brothilker ist Anfang 40, wirkt aber jünger. Man kann sie sich als eine Art weiblichen Columbo vorstellen: leicht zu unterschätzen, aber schwer abzuschütteln.

Die Staatsanwältin untersucht seit Jahren spezielle Aktiendeals, mit denen der Staat geplündert wurde und die unter den Namen Cum-Ex und Cum-Cum bekannt geworden sind. Bei diesen Deals geht es darum, sich Steuern zu Unrecht vom Staat erstatten zu lassen. Die Staatsanwältin jagt nun die beteiligten Banker, Anwälte und Berater. Überall auf der Welt hat sie Büros und Wohnungen durchsuchen lassen, auch die von Frey. Gemessen an der Zahl der Beschuldigten haben sich ihre Untersuchungen zum wohl größten steuerrechtlichen Ermittlungsverfahren aller Zeiten ausgeweitet.

Was Brothilker bis zu diesem Tag noch fehlt, ist ein Kronzeuge, der aus der Phalanx der Steuerräuber ausbricht. Nur wenn Frey auspackt, kann sie die anderen überführen. Frey, dessen ganzes Leben sich ums Geld gedreht hat, weiß, er kann sich nicht freikaufen. Ihm droht Gefängnis. Mindestens sieben Jahre.

Mehr als ein Jahr lang wird Frey anschließend immer wieder vernommen, tagelang, mehr als ein Dutzend Mal. Später wird er sagen, dass dies die schlimmste Zeit seines Lebens gewesen sei. Erst räumt er nur ein, was er einräumen muss, nach einem halben Jahr aber brechen alle Dämme. Frey legt eine Lebensbeichte ab. Er ist der erste Steuerräuber, der aus Angst vor dem Gefängnis seine Komplizen von einst verpflichtet und damit Panik unter ihnen auslöst. Bei Brothilker melden sich nun weitere Steuerräuber, die ebenfalls Kronzeugen werden wollen.

Bereits im vergangenen Jahr berichteten die ZEIT, ZEIT ONLINE und das ARD-Magazin Panorama über Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte. Sie beschrieben, wie Banker, Berater und Anwälte über Jahrzehnte den deutschen Staat plünderten. Wie der es sich gefallen ließ. Und erst eine hartnäckige Sachbearbeiterin aus dem Bundeszentralamt für Steuern sich schließlich weigerte, das Geld auszahlend (ZEIT Nr. 24/17).

Nach den Berichten meldeten sich Journalisten aus Dänemark. Sie sagten, dass ihrem Land etwas ganz Ähnliches widerfahren sei. Es war der Auftakt einer internationalen Kooperation. Sie zeigt nun, dass Finanzjongleure sich nicht nur am deutschen Staat bedienen, sondern die öffentlichen Haushalte in halb Europa angezapft haben.

Unter Leitung des Recherchezentrums Correctiv haben sich 19 Medien aus zwölf Ländern zusammengesetzt, um gemeinsam das ganze Ausmaß dieses Steuerabbaus zu recherchieren. Dazu gehören neben der ZEIT, ZEIT ONLINE und Panorama auch die Nachrichtenagentur Reuters, die Zeitungen Le Monde aus Frankreich, La Repubblica aus Italien, das Online-Magazin El Confidencial aus Spanien sowie das öffentlich-rechtliche Fernsehen aus Dänemark, Schweden und Finnland (siehe Kasten auf Seite 23). Gemeinsam haben sie mehr als 180.000 Seiten vertrauliche Akten, interne Gutachten von Banken und Kanzleien sowie E-Mails ausgewertet. Zudem wurden Interviews mit Insidern und verdeckte Recherchen in der Finanzindustrie durchgeführt.

Die Ergebnisse werden ab dem 18. Oktober unter dem Titel »Cum-Ex-Files« veröffentlicht. In mindestens zehn weiteren europäischen Staaten haben sich die Finanztrickser bedient. In einigen ist das der Öffentlichkeit noch nicht bekannt. Der Schaden durch Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte beträgt mindestens 55,2 Milliarden Euro. »Es handelt sich um den größten Steuerraub in der Geschichte Europas«, sagt der Steuerprofessor Christoph Spengel von der Universität Mannheim.

Wieso können die Steuerräuber ein Land nach dem anderen plündern, ohne dass ihnen jemand Einhalt gebietet? Und was sind das überhaupt für Geschäfte, bei denen Aktien für Milliarden Euro innerhalb weniger Tage hin und her geschoben werden?

Stößt man in die Welt der Steuerräuber vor, ist es ein bisschen wie beim Tiefseetauchen: Je näher man dem Grund kommt, desto unglaublicher werden die

Kreaturen, die man entdeckt. Bei den sogenannten Cum-Cum-Deals geht es darum, Steuererstattungen zu ergattern, die einem eigentlich nicht zustehen. Man kann sich die Akteure als gefräßige Raubfische vorstellen, die nur einmal zubeißen und dann erst mal satt sind. Weiter unten begegnen einem besonders aggressive Geschöpfe, die Cum-Ex-Geschäfte betreiben. Eine einmal abgeführte Steuer wird dabei doppelt zurückerstattet. Diese Geschöpfe beißen also gleich zweimal zu. Tief unten, in dunklen Gewässern, haben sie sich rasend schnell vermehren können.

Mittlerweile sind auch Mischformen entstanden. Und noch aggressivere Mutationen, für die es noch keine Namen gibt. Gemeinsam haben alle diese Konstrukte, dass sie zu einem einzigen Zweck erschaffen wurden: aus den öffentlichen Kassen das Geld jener Menschen zu erbeuten, die Steuern bezahlen.

Um Benjamin Frey zum Auspacken zu bewegen, hat sich die Staatsanwältin Brothilker an einer Methode orientiert, die sonst vor allem bei der amerikanischen Bundespolizei FBI beliebt ist: Die Ermittler sammeln belastendes Material gegen einzelne Beteiligte und setzen sie damit unter Druck. Diese haben dann die Wahl, als Kronzeuge glimpflich davonzukommen, wenn sie alles gestehen, ihre Beute zurückgeben und ihre Komplizen verpfeifen – oder eben angeklagt zu werden.

Frey bekommt diese Methode schon am zweiten Vernehmungstag zu spüren. Gleich zu Beginn halten Brothilker und ihre Kollegen ihm Dokumente vor, die nach Ansicht der Staatsanwältin nicht zu seinen Aussagen vom Vortag passen. Sie habe ihm »viel Angst eingejagt«, wird Frey später sagen. Im Februar 2017 fliegt Frey sogar für drei Tage nach Dubai, um dort weitere Steuerüber zum Auspacken zu bewegen.

Schnell deuten Freys Aussagen darauf hin, dass Deutschland nur eines von vielen ausgeraubten Ländern ist. Für Brothilker steht das nicht im Zentrum

Fortsetzung auf S. 22

Wie funktioniert ein Cum-Cum-Geschäft?

Vereinfachte Darstellung eines Geschäfts auf Kosten des Staates, bei dem eine einfache Steuerrückerstattung ergattert wird

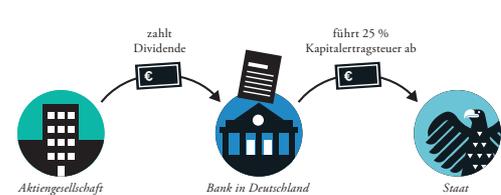
1. vor der Dividendenausschüttung

Ein ausländischer Investor verkauft sein Aktienpaket an eine deutsche Bank. Ein späterer Rückkauf wird dabei bereits vereinbart



2. Tag der Dividendenausschüttung

Die Bank erhält eine Dividende. Darauf muss sie 25 Prozent Kapitalertragsteuer an den Staat abführen

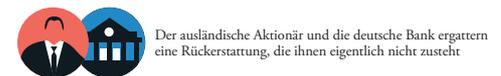


3. nach der Dividendenausschüttung

Weil die deutsche Bank bereits Körperschaftsteuer bezahlt und nicht doppelt besteuert werden soll, kann sie sich die Kapitalertragsteuer zurückholen. Ausländische Aktionäre können das nicht. Nun verkauft die deutsche Bank das Aktienpaket zurück an den ausländischen Aktionär und teilt sich mit ihm die erschlundene Rückerstattung, die dieser ohne den Deal nicht bekommen hätte



Das Ergebnis



Der ausländische Aktionär und die deutsche Bank ergattern eine Rückerstattung, die ihnen eigentlich nicht zusteht

Wie funktioniert ein Cum-Ex-Geschäft?

Vereinfachte Darstellung eines Geschäfts auf Kosten des Staates, bei dem eine doppelte Steuerrückerstattung ergattert wird

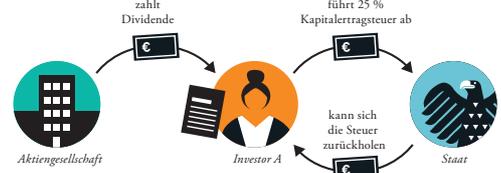
1. vor der Dividendenausschüttung

Investor B verkauft ein Aktienpaket an Investor C. Das Besondere: Investor B besitzt es noch gar nicht. Er muss erst später liefern. Das nennt man einen Leerverkauf



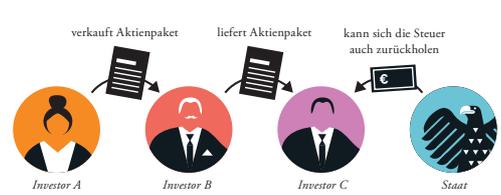
2. Tag der Dividendenausschüttung

Investor A erhält eine Dividende. Darauf muss er 25 Prozent Kapitalertragsteuer abführen. Über eine Bescheinigung von der Bank kann er sie sich später zurückholen, da er bereits Körperschaftsteuer (Unternehmen) oder Einkommensteuer (Privatperson) bezahlt hat

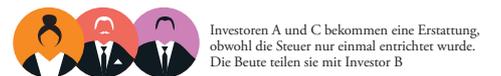


3. nach der Dividendenausschüttung

Investor A verkauft seine Aktien an Investor B, den Leerverkäufer. Dieser liefert sie an Investor C. Auch Investor C bekommt eine Steuerbescheinigung von der Bank, da er die Aktien zum Zeitpunkt der Dividendenausschüttung formal bereits besessen hat. Mit der Bescheinigung kann er sich Kapitalertragsteuer zurückholen, die er nie bezahlt hat



Das Ergebnis



Investoren A und C bekommen eine Erstattung, obwohl die Steuer nur einmal entrichtet wurde. Die Beute teilen sie mit Investor B

Die Staatsanwältin



Anne Brorhilker
Von ihr gibt es keine öffentlichen Fotos. Die Juristin leitet das wohl größte steuerstrafrechtliche Ermittlungsverfahren aller Zeiten in Deutschland. Dafür jagt sie Banker, Händler und Berater, die an Cum-Ex-Geschäften beteiligt waren

Der Kronzeuge



Benjamin Frey
Er ist Brorhilkers wichtigster Kronzeuge – und gehörte zum innersten Kreis der Steuerräuber. Eigentlich heißt er anders und sieht auch anders aus. Das Foto zeigt ihn mit einer Maske, die ihm für ein Fernsehinterview aufgetragen wurde

Der Drahtzieher



Hanno Berger
Der Anwalt gilt als Spiritus Rector des Cum-Ex-Geschäfts. Er hat es perfektioniert und Anlegern seine Dienste angeboten. Früher arbeitete er eng mit Frey zusammen. Heute lebt er in der Schweiz und kämpft gegen Brorhilkers Ermittlungen

Der König



Sanjay Shah
Der Brüte wird der König unter den Steuerräubern genannt, weil er noch dreister handelte als alle anderen. Allein Dänemark soll er um 1,3 Milliarden Euro erleichtert haben. Shah lebt in Dubai. Staatsanwälte mehrerer Länder ermitteln gegen ihn

Der Coup des Jahrhunderts Fortsetzung von S. 21

ihre Ermittlungen. Schließlich ist sie eine deutsche Staatsanwältin. Die Reporter der Recherche-Kooperation aber wollen ihn treffen, um mehr zu erfahren. Nach langen Verhandlungen kommt es zu einem Treffen. Die Bedingung: Man darf seinen echten Namen nicht nennen. Frey heißt nur in diesem Artikel so. In einem Kölner Loft gibt er das erste, ausführliche Interview. Man sitzt einem 47-jährigen Mann gegenüber: gescheitelte Haare, glatt rasiert, hohe Stirn, volle Lippen, Brille. Doch das Gesicht, in das man schaut, ist nicht seines. Frey trägt eine Maske, die ihm für das Interview, das von Kameras aufgezeichnet wird, von zwei Maskenbildnerinnen aufgetragen wurde. Die Mimik, sein Lachen, das alles ist echt, der Rest nicht wiederzuerkennen. Frey sagt, er habe Angst vor seinen früheren Komplizen. Deshalb dürfe man ihn nicht erkennen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass er bereits dabei ist, sich eine neue Existenz als seriöser Anwalt aufzubauen. Die Geschichte des Steuerräubers soll sie nicht beschmutzen. Zwei volle Tage wird das Interview dauern. Frey wird darin auch erklären, wie es dazu kam, dass ganz Europa geplündert wurde. Und er wird Namen nennen: von denen, die Länder ausnahmen, dabei kühl von Märkten sprechen – und bis heute auf freiem Fuß sind. Freys Erzählung beginnt in der Provinz. Dort, wo er aufgewachsen ist, sei man »entweder Arbeiter, Landwirt oder Arbeitsloser« geworden. Er will sich damit nicht abfinden, studiert Jura, legt einen herausragenden Abschluss hin. Dann fliegt er nach London, eine große Kanzlei hat ihn dorthin eingeladen, ins prachvolle Queen Victoria and Albert Museum, zu ihrem Jahrestreffen. Die Kanzlei will Frey anwerben. Fast zweitausend Anwälte aus aller Welt sitzen an langen Tischen, inmitten von Ausstellungsstücken des Museums. Wenn Frey nach oben schaut, blickt er in eine große Kuppel. Es ist das Jahr 2001. Frey kann die Sterne leuchten sehen. Kurz darauf fängt er bei der Kanzlei an, arbeitet jeden Tag zwölf oder auch vierzehn Stunden. Oft geht es darum, die Steuerlast reicher Kunden zu drücken. »Wir hatten alle dieses Bild vor den Augen: Der Feind ist der Staat«, sagt Frey. Wenn ihm doch einmal

der Gedanke kommt, dass dieser Staat ihm seine Ausbildung finanziert hat, drückt er ihn weg. Er weiß, dass Zweifel seiner Karriere schaden würden. »Meine Gier war so groß«, sagt er, »da habe ich mich mit Moral nicht aufgehhalten.« Dann, 2004, lernt Frey Hanno Berger kennen. Der Sohn eines Pfarrers, für dessen Intellekt, humanistische Bildung, die Latein- und Griechischkenntnisse. Bei den Cum-Ex-Geschäften, die Berger laut der Ermittler seit spätestens 2006 einfädelt, ist Frey von Anfang an mit dabei. Zusammen arbeiten sie im 32. Stock des Skyper, eines gläsernen Turms im Frankfurter Bankenviertel. »Wenn Sie runtergeguckt haben auf die Straße, auf die Taunusanlage, dann haben Sie nur noch ganz kleine Menschen gesehen«, so Frey. »Das war die Welt, die normale Welt, zu der gehörten wir nicht mehr. Wir waren da ganz oben. Wir haben aus dem Fenster geguckt und gedacht: 'Wir sind die Schlauesten, wir sind Genies, und ihr seid alle doof.« Cum-Ex ist aus ihrer Sicht ein Geniestreich. Es geht nicht mehr nur darum, Steuern möglichst auf null zu drücken. Man holt sich auch noch das Geld derer, die so blöd sind, Steuern zu zahlen. Der deutsche Staat merkt zunächst gar nicht, dass er geplündert wird. 2007 versucht er zum ersten Mal, den Steuerraub zu unterbinden, doch Berger und Frey sind klüger, finden einen neuen Weg, den Staat auszutricksen. Die Konstruktionen werden immer komplizierter. Schließlich, ab 2011, wollen sie ihn mithilfe von amerikanischen Ein-Mann-Pensionsfonds ausnehmen, die Aktien im Wert von Milliarden Euro handeln. Es ist ein irres Spiel. Berger und Frey schelfen Millionen um Millionen. Ein Ärgernis aber gibt es: Cum-Ex funktioniert in Deutschland nur einmal im Jahr, rund um den Tag, an dem die Besitzer von Aktien ihre Dividende ausgeschüttet bekommen, in Deutschland liegt er meist in den ersten Monaten des Jahres. »Wir hatten

eine Teufelsmaschine kreiert«, sagt Frey, »sie lief aber immer nur im Frühjahr.« Das war aus Sicht der Steuerräuber zu wenig. »Also ist man auf die Idee gekommen, eine Ganzjahresmaschine zu kreieren«, sagt Frey. »Und dafür boten sich Aktien anderer Länder an.« In ihnen nämlich werden Dividenden bis zu viermal im Jahr ausgeschüttet. Das Bild, das die Recherchen der Medienpartner ergeben, ist das eines europäischen Raubzugs. In Belgien, Dänemark, Österreich, Norwegen und der Schweiz bestätigen die Behörden offiziell oder im Hintergrund, dass auch ihre Länder Opfer von Cum-Ex wurden. In Spanien und Finnland zeigen Dokumente und Insider-Aussagen, dass Cum-Ex-Geschäfte geplant wurden. In Spanien wollen die Behörden weder bestätigen noch dementieren, dass es zu doppelten Steuererstattungen gekommen ist. Die finnischen Behörden gehen davon aus, dass Cum-Ex bei ihnen kein Problem darstellt. Einfache Erstattungen (Cum-Cum) flossen in beiden Ländern. Einfache Erstattungen – das klingt harmlos, ist es aber nicht. Auch in Frankreich, Italien und den Niederlanden erzeugten sie massive Schäden. Das Spiel funktioniert im Kern so: Inländischen Aktionären steht eine Steuererstattung zu, ausländischen nicht. Banken haben daraus ein Geschäft gemacht. Sie kaufen die Aktien ausländischer Kunden kurz vor Auszahlung der Dividende und verkaufen sie danach sofort zurück. Die so ermittelte Steuererstattung wird aufgeteilt, der Staat ärmer. Zwar sind Cum-Cum-Geschäfte nicht per se illegal. Wenn das einzige Ziel ein steuerlicher Vorteil ist, stellen aber auch sie einen Gestaltungsmissbrauch dar. Deutsche, französische und italienische Behörden sind sich da einig. Für Steuerprofessor Spengel sind Cum-Ex und Cum-Cum zwei Spielarten rein steuergetriebener Geschäfte. »Die Banker, Händler und Juristen haben die Steuersysteme der einzelnen Länder analysiert, geguckt, was geht, und dann die entsprechenden Strukturen aufgesetzt.«

Bereits im vergangenen Jahr hatte Spengel berechnet, dass dem deutschen Fiskus zwischen 2001 und 2016 mindestens 31,8 Milliarden Euro entgangen sind. Im Zuge der Cum-Ex-Files kommen nun in Frankreich mindestens 17 Milliarden, in Italien 4,5 Milliarden, in Dänemark 1,7 Milliarden, in Belgien 201 Millionen Euro dazu. Für die anderen betroffenen Länder liegen keine offiziellen Zahlen oder belastbaren Marktdaten vor. Wie und wann sich die Geschäfte in Europa ausgebreitet haben, lässt sich nicht eindeutig nachvollziehen. Cum-Cum-Geschäfte wurden in Deutschland, Frankreich oder Italien bereits seit den 1990er-Jahren getätigt. Cum-Ex-Geschäfte gab es seit 2001 in Deutschland, seit 2006 in der Schweiz und seit 2012 in Dänemark. Auch die Behörden der Länder reagierten unterschiedlich. Während die Schweiz Cum-Ex-Geschäfte 2008 unterband, gelang Deutschland das erst 2012. In Dänemark reichen die untersuchten Fälle bis 2017. An den Geschäften waren fast alle Banken auf die eine oder andere Art beteiligt, darunter Deutsche Bank und Commerzbank sowie große amerikanische Investmentbanken. Viele unterhielten Abteilungen, deren Mitarbeiter intern als »Tax Traders« bezeichnet werden. Es handelt sich also nicht um das Versagen Einzelner, sondern um ein branchenweites Phänomen. Als »organisierte Kriminalität in Nadelstreifen« bezeichnet Frey, der Kronzeuge, die Geschäfte. »Jeder, der Kredite geliefert hat, der als Aktienhändler mitgewirkt hat, der als Depotbank nur Aktien verwahrt hat, jeder Anleger, der Geld zur Verfügung gestellt hat, wusste im Kern, dass man hier Rendite aus dem Steuersäckel holt.« Im Zentrum des europäischen Raubzugs steht eine Gruppe von Londoner Aktienhändlern. Einer von ihnen ist Salim Mohamed. Zunächst arbeitete er für die Investmentbank Goldman Sachs. Später heuerte er bei einem Hedgefonds an. Mohamed arbeitete auch mit Berger und Frey zusammen. So schildert es Frey. Am Anfang habe man sich gut verstanden. Doch als Mohamed sich 2009 selbstständig machte und laut Frey einen Großteil der Gewinne für sich haben wollte, sei es zu Streit gekommen. Berger habe Mohamed daraufhin nur noch den »dreckigen Indos« genannt. So sagt es Frey gegenüber Brorhilker aus.

Foto: G. v. M. / Getty Images

»Meine Gier war so groß, da habe ich mich nicht mit Moral aufgehhalten.«

Benjamin Frey, Steuerräuber

Berger bestreitet die Aussage ebenso wie die Zusammenarbeit mit Mohamed. Es habe lediglich «ein oder zwei Gespräche» gegeben.

Mit seiner Firma EQI, so geht es aus den Ermittlungsakten und weiteren Dokumenten hervor, halfte Mohamed nicht nur deutsche, sondern auch spanische, österreichische, belgische und finnische Aktien. 2010 erwarb er über eine Firma in Malta 6,9 Millionen Aktien des spanischen Energieversorgers Endesa, ein Jahr später über einen irischen Fonds 10,6 Millionen Aktien der Telekom Austria AG. In allen fünf Ländern beantragte der irische Fonds im Jahr 2011 Rückerstattungen. Warum nur ein Land plündern, wenn es auch woanders geht?

Während die EU europaweite Datenbanken bereitet, um Flüchtlinge zu erfassen oder Informationen über Terroristen zu teilen, gibt es so etwas für Steuer-geschäfte nicht. Fragt man bei der EU-Kommission nach, ob Cum-Ex-, Cum-Cum- oder verwandte Geschäfte auf europäischer Ebene diskutiert wurden, lautet die Antwort: «Das fällt in die Kompetenz der Nationalstaaten.» Deren Steuerbehörden aber denken vor allem an sich, kommunizieren kaum miteinander. Das Prinzip: Wer etwas weiß, sagt es nicht weiter. Wer nicht nachfragt, erfährt nichts.

Die Bundesregierung hält Cum-Ex bis heute für ein deutsches Problem. Michael Sell, der zum Zeitpunkt eines Gesprächs mit den Reportern in diesem Sommer noch die Steuerabteilung im Finanzministerium leitete, mittlerweile aber pensioniert wurde, hält die Geschäfte für eindeutig illegal. Er hat sogar von «organisierter Kriminalität» gesprochen. Doch aus seiner Sicht ist das Problem seit einer Gesetzesänderung von 2012 gelöst. Damals änderte man das System zur Abführung der Kapitalertragssteuer so, dass Cum-Ex nicht mehr funktioniert.

Im Büro von Sell hängt eine große Weltkarte, auf der alle Länder orange eingefärbt sind, mit denen Deutschland ein Doppelbesteuerungsabkommen geschlossen hat. Dass auch viele von ihnen Opfer sein könnten, ist ihm aber in den Sinn gekommen. Später wird das Finanzministerium keine Zitate aus dem Gespräch mit Sell autorisieren. In dem Gespräch wird aber deutlich, dass es sich der europäischen Dimension von Cum-Ex nicht bewusst ist.

Die einzige Organisation, die sich überhaupt um einen systematischen internationalen Austausch bemüht, ist die OECD. Seit 2007 führt die Industrielandorganisation ein «Aggressive Tax Planning Directory». Über diese Datenbank können ihre Mitgliedsländer Steuertricks an alle anderen OECD-Staaten melden. Allerdings, sagt Achim Pross, der Chef der zuständigen Abteilung, funktioniert sie nur, wenn sie auch regelmäßig gelesen und befüllt wurde. Hier liegt das Problem. Sucht man in der Datenbank den Begriff «Cum-Ex», gibt es nur einen Treffer. Die Meldung kommt aus Deutschland. Doch sie ist von 2015. Zu diesem Zeitpunkt weiß das Finanzministerium seit 13 Jahren von Cum-Ex, hat die Praxis selbst seit drei Jahren unterbunden. Das Ministerium dementiert auf Anfrage nicht, die Partner erst ab 2015 gewarnt zu haben, teilt aber generell mit, dass man «in der Vergangenheit diverse Staaten, unter anderem auf deren Nachfrage hin, über die Verfahrensweise bei Cum-Ex-Geschäften informiert» habe.

Für die europäischen Partner kommt die Warnung viel zu spät. Sie wurden längst ebenfalls geplündert. Es gibt auch Meldungen aus weiteren Ländern: Irland, Spanien und sogar aus dem fernen Australien. Sie aber arbeiten mit anderen Begriffen, beschreiben meist Cum-Cum-Geschäfte oder Varianten davon. Auch das macht es schwer, die Geschäfte zu unterbinden. Es entstehen immer neue Kreaturen. Salim Mohamed etwa benutzt eine Methode, von der Frey erst in den Vernehmungen durch Brohrilker erfährt. Danach, sagt er, sei

erst mal fünf Minuten sprachlos gewesen. «Ich habe einfach nur gestaunt.»

Bei Cum-Ex-Deals ist es normalerweise beim Goldschürfen: Es müssen enorme Mengen umgewälzt werden, damit richtig was hängen bleibt. Man braucht also sehr viel Kapital, muss sich Millionen oder sogar Milliarden Euro von Banken leihen. Salim Mohamed hat einen anderen Weg gefunden: den «Looping». Vereinfacht gesagt werden Aktien dabei so schnell im Kreis gehandelt, dass der Eindruck entsteht, es wären viel mehr, als es tatsächlich sind. Mit einer Aktie lassen sich auf diese Weise drei, fünf oder auch zehn Steuerbescheinigungen generieren. Einer der Beschuldigten sagt gegenüber Brohrilker aus, dass der Looping sei ab 2009 bei Geschäften auf Kosten Deutschlands zum Einsatz gekommen.

Versucht man Mohamed zu kontaktieren, antwortet er nicht. Doch es scheint ihm gut zu gehen. 2015 hat er beim «Powerman» im schweizerischen Zofingen, einem Lauf- und Radfahrwettbewerb, eine respektable Zeit hingelegt. Man entdeckt ihn auch auf der Website der Esher Church School, einer kirchlichen Schule in der Grafschaft Surrey, etwas südwestlich von London. Mohamed, der Steuerrieger, gehört dort zum Leitungstab der Schule.

Kein einziger der Beteiligten sitzt bisher im Gefängnis. Das muss aber nicht so bleiben. Brohrilkers Ermittlungen richten sich gegen mehr als 100 Personen. Zu ihnen gehört auch Salim Mohamed. Noch in diesem Jahr könnte Brohrilker die ersten Anklagen erheben.

Allerdings hat die Staatsanwältin einen Gegen-spieler. Von einem Schweizer Jurist wird er an der juristischen Abwehrschlacht, die ihre akribische, jahrelange Arbeit mit einem großen Knall zunichte machen soll. Es ist Hanno Berger, der frühere Mentor ihres Kronzeugen Frey. Nach einer Durchsichtung seiner Kanzlei Ende 2012 hat er sich in die Schweiz abgesetzt. Besucht man ihn zu Hause in seiner Eigentumswohnung schräg gegenüber einem Skilift, wo er mit seiner Frau und seinem Enkel wohnt, erlebt man einen Mann, der sich bis heute im Recht fühlt, der am hölzernen Esstisch endlos darüber dozieren kann, warum Cum-Ex-Geschäfte legal gewesen seien. Das Problem ist für ihn der Staat, der Leute wie ihn zu Unrecht verfolge. In abgehörten Telefonaten spricht er sogar von einem «Vernichtungsfeldzug». Auch gegen Berger wird seit Jahren ermittelt. Er wirkt müde. Doch er will kämpfen. Die Abwehrschlacht ist zu seinem Lebensinhalt geworden.

Vordergründig geht es dabei um einen jener seltenen Ein-Mann-US-Pensionsfonds, die für Cum-Ex-Geschäfte genutzt wurden. Er nennt sich «KK Law Firm Retirement Plan Trust». 2011 beantragte er eine Steuerriekstattung beim Bonner Bundes-zentralamt für Steuern (BZST). Das Amt aber hatte bereits den Verdacht, es könnte sich um Betrug handeln, und lehnte die Auszahlung ab. Nun klagt KK Law vor dem Finanzgericht Köln darauf, 28 Millionen Euro erstattet zu bekommen. Nach Ansicht des BZST wurden sie nie abgeführt. Die Klage ist nicht bloß dreist. Sie ist der Versuch, das gesamte Wirtschaftsstrafverfahren von Brohrilker zu torpedieren.

Berger wollte mehrere Inhaber der Ein-Mann-Pensionsfonds zum Klagen bewegen. Die meisten wollten nicht. Einen von ihnen bezeichnet Berger in einem abgehörten Telefonat als «Arschloch». Nun aber klagt KK Law. Berger hat den Pensionsfonds beraten. Doch der Prozess ist teuer. Top-Anwälte müssen bezahlt werden. Deshalb gibt es einen weiteren Fonds, millionenschwer, der die Abwehrschlacht

finanziert. Dort haben nach Aussage von Insidern mehrere Steuerräuber eingezahlt. Sollte KK Law gewinnen, so sieht es Berger, würde Cum-Ex von einem Gericht für legal erklärt, die Steuerräuber wären fein raus. Ähnlich sieht es auch Steuerprofessor Spengel: «Wenn KK Law tatsächlich recht bekommen sollte, wäre das für die strafrechtliche Verfolgung von Cum-Ex-Geschäften ein herber Rückschlag.» Das Urteil wird wohl Anfang nächsten Jahres gefällt.

Die alte Cum-Ex-Garde kämpft ihren letzten Kampf. Was aber ist aus ihren Schülern geworden? Sind sie noch immer im Geschäft?

Um das herauszufinden, verwandelt sich zwei der Reporter in Felix und Otto. Felix, so lautet die Legende, ist der arrogante Sprössling einer deutschen Milliardärsfamilie, die aus Steuergründen in der Schweiz residiert. Er ist das, was man in der Szene eine «young gun» nennt: Er will seiner Familie beweisen, dass er Geschäfte machen kann, Millionengeschäfte mit sagenhaften Renditen. An seiner Seite ist Otto, der ältere Halbbruder. Er ist stets skeptisch, achtet mit Argusaugen auf das Vermögen der Familie. Mit Cum-Ex und Cum-Cum haben Felix und Otto vor ein paar Jahren bereits gut verdient. Nun wollen sie wieder in das Geschäft einsteigen, einen dreistelligen Millionenbetrag investieren.

Felix und Otto erhalten einen Tipp aus Dubai. Über eine Briefkastenfirma nehmen sie Kontakt zu einem Händler auf, ein Treffen in London wird vereinbart. Dort mieten sie für 2500 Euro eine Suite im 37. Stock des Hochhauses The Shard. Durch die bodentiefen Fenster schaut man rechts auf die Tower Bridge, links auf die St. Paul's Cathedral. Felix trägt eine Breitling-Uhr. Otto hat sich bei einem hantaischen Herrenausstatter eingekleidet. Alles, damit die Legende glaubwürdig erscheint.

Das Treffen ist für 14 Uhr vereinbart. Um 13.51 Uhr lautet das Telefon. Der Händler ist zu früh. Felix und Otto lassen ihn warten. Erst in 15 Minuten werden sie ihn abholen lassen. Von ihrer Assistentin, die in Wahrheit die Ehefrau eines Kollegen ist.

Der Mann, der unten wartet, ist ein Schüler von Sanjay Shah, einem Mann, der mit seinen Cum-Ex-Geschäften noch einmal alles übertroffen hat, was bis dahin denkbar schien. Für manche ist er der König der Steuerräuber. Mehrere europäische Länder soll er mit Cum-Ex geschädigt haben. Allen voran Dänemark. Hier geht es um 1,3 Milliarden Euro. Das ist selbst für Frey kaum zu fassen. Fast ehrfurchtsvoll spricht er von dem Briten. Trotzdem häuten er und Berger nie mit ihm zusammengearbeitet. Zu «dubios». Selbst unter Steuerräubern habe es Tabus gegeben, keine moralischen, aber solche, die das Risiko begrenzen sollten. Shah kannte keine Grenzen. Er habe «autistische Züge», sagt Frey.

2011 kommt Shah zum ersten Mal die Idee, aus seinem Hedgefonds Solo Capital eine Art General-unternehmen für Cum-Ex-Geschäfte zu schmieden. So geht es aus einem 14-seitigen Lebenslauf hervor, den Shah handschriftlich für einen seiner Berater verfasst hat. Normalerweise braucht man mehrere Partner für Cum-Ex-Geschäfte, Banken, Händler, Broker. Shah aber will alles unter einem Dach bündeln, mit niemandem teilen, wird dafür Mitteilhaber der Hamburger Bank Varegold. Am Ende, so Frey, konnte Shah sich die Steuerbescheinigungen quasi selbst ausstellen. In der Szene heißt es: «He only used a printer.» Er habe nur einen Drucker gebraucht.

Shahs Angriff auf Dänemark beginnt 2012, exakt in jenem Jahr, in dem Cum-Ex in Deutschland unterbunden wurde. Dänemark bemerkt ihn erst 2015,

als es von britischen Behörden darauf hingewiesen wird. Da lebt Shah längst in Dubai, auf der künstlich angelegten Inselgruppe Palm Jumeirah, wo er mehrere Häuser besitzt. Er feiert Partys auf seiner Luxusjacht, lässt Popstars wie Lenny Kravitz und Snoop Dogg für Charity-Veranstaltungen nach Dubai einfliegen. «Er gal un-ten den Cum-Ex-Aktienhändlern als verrückter Hund», sagt Frey.

Hätte Deutschland rechtzeitig gewarnt, wären die Dänen wohl gar nicht ausgeplündert worden.

Mittlerweile kann Shah Dubai nicht mehr verlassen. Staatsanwaltschaften in Europa ermitteln, die dänische, die norwegische, die belgische, die britische und die deutsche. Als Frey ihn im Februar 2017 zum Auspacken zu bewegen versucht, versteht Shah aber gar nicht recht, was die Deutschen überhaupt von ihm wollen. «Ich habe doch nur 50 Millionen von denen», sagt er. So erinnert sich Frey. Auf schriftliche Fragen der Reporter antwortet Shah nicht.

Nun, im Londoner Wolkenkratzer, betritt einer seiner Schüler die Suite. Er ist anscheinend ein dunkler Teint, trägt ein weißes Hemd mit Manschettenknöpfen. Dabei hat er eine gebundene Präsentation. Felix, der arrogante Milliardärsprössling, ignoriert ihn erst einmal, tu so, als würde er am Telefon einen Mitarbeiter zusammenstauen. Dann wird der Shah-Schüler von Felix und Otto abgeklöpft. Direkt nach der Universität, erzählt dieser, habe er bei der Maple Bank angefangen, die den Staat mit Cum-Ex-Geschäften um mehrere Hundert Millionen geprellt hat. Später sei er dann für Shahs Hedgefonds tätig gewesen, dort habe er die «Ecken und Kanten des Geschäfts» kennengelernt, Beziehungen aufgebaut. Gerade noch rechtzeitig, bevor er ins Visier der Ermittler geraten konnte, habe er den Absprung geschafft. Nun sei er dabei, etwas Neues aufzubauen.

Felix gefällt das. Seine Familie habe ja bereits gute Erfahrungen mit Cum-Ex-Geschäften gemacht, suche nun nach Möglichkeiten, wieder in den Markt einzusteigen. «Was können Sie uns anbieten?»

Der Shah-Schüler blättert durch seine Präsentation. «Ich mag es nicht Cum-Ex oder Cum-Cum nennen», sagt er. Was er beschreibt, klingt aber nach dem bekannten, rein steuergetriebenen Aktienhandel rund um den Dividendenstichtag. Auch Gerhard Schick, Bundestagsabgeordneter und Finanzexperte der Grünen, interpretiert die Präsentation später so: «Ich verstehe das als direkte Fortsetzung von Cum-Ex und Cum-Cum.» Der Shah-Schüler selbst benutzt lieber einen anderen Namen. Er sagt: «Wir nennen es Corporate Action Trading.» Die drei «Hauptmärkte» seien Frankreich, Italien und Spanien. Norwegen, Finnland, Polen und die Tschechische Republik seien aber auch kein Problem und bereits getestet. Er erwähnt seine Kontakte zu großen Investmentbanken. Sie seien nach wie vor im Geschäft.

Und was ist mit Deutschland? «So wie es mit Deutschland gerade steht», sagt der Shah-Schüler, «würde ich noch mindestens ein Jahr warten, bevor ich wieder reingehe. Es gibt Leute, die Deutschland handeln. Verstehen Sie mich nicht falsch, das ist ihr gutes Recht. Aber ich würde noch ein Jahr warten.» Würden Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte denn in Deutschland nicht unterbunden? Der Shah-Schüler grinst. «Es gibt Möglichkeiten, das zu umgehen.»

Dann wird noch ein wenig gefachsimpelt. Über «Counterparties» und «Trading-Level». Bis Otto sagt: «Komm schon, wir müssen nicht um den heißen Brei herumreden, das Geld kommt von der Steuer.»

«Ja, klar», sagt der Händler.

Der Fernsehbeitrag im ARD-Magazin «Panorama» läuft am Donnerstag, den 18.10., um 21.45 Uhr, ein Radiofeature um 20.30 Uhr bei NDR Info. Die Beiträge aller Recherchepartner werden auf der Projektseite www.cumex-files.com zusammengeführt.



HINTER DER GESCHICHTE

Das Projekt: 38 Journalisten von 19 Medien aus zwölf Ländern haben unter Leitung des gemeinnützigen Recherchezentrums Correctiv 180.000 Seiten vertrauliche Akten, Gutachten, E-Mails und weitere Dokumente ausgewertet. Bei den regelmäßigen Treffen in Berlin (siehe Foto) spannen sie die Fäden zusammen und sprachen Recherchewege ab. Waren die Journalisten sich einmal nicht einig, wurde das mittags bei Pizza geklärt. Es etablierte sich der Begriff der «Pizza-Diplomatie».

Die Undercover-Recherche: Um herauszufinden, ob Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte noch immer möglich sind, gaben sich Christian Salewski («Panorama») und Oliver Schräum (Correctiv) als Felix und Otto aus, zwei deutsche Milliardäre mit Wohnsitz in der Schweiz, die in die zweifelhafte Aktiengeschäfte investieren wollen.

Das Theaterstück: Die Recherchen der Journalisten wurden von einer Theater-Crew begleitet. Daran entstand das Stück «Cum-Ex-Papers». Premiere ist am 25. Oktober im Hamburger Lichthof Theater.

ANZEIGE

1923

Macht der Diphtherie einen Stich durch die Rechnung: der erste aktive Impfstoff gegen die schwere Atemwegserkrankung.

1955

Fieberhafter Forschung sei Dank: Der Impfstoff aus inaktivierten Polioviren schützt vor Kinderlähmung.

1980

Ein echter Welterfolg: Laut WHO ist der Pockenvirus dank globaler Impfprogramme ausgerottet.

2006

Stoff für die Geschichtsbücher: Der erste Impfstoff zum Schutz vor Gebärmutterkrebs steht zur Verfügung.

2018

So macht die Grippe keine große Welle: mit den jährlich neu entwickelten Grippeimpfstoffen gegen Virenstämme der Grippe.

Entdecken Sie mehr unter www.ihre-chemie.de.

Ihre Chemie.
Freuen Sie sich auf die Zukunft.



In der Londoner Zentrale der Investmentbank Merrill Lynch tippen die Kollegen von John Baker in einem fort auf ihren Handys herum. Die Aktienhändler tun es, wenn sie im Handelsraum vor ihren Monitoren sitzen, wenn sie sich Kaffee holen, auf dem Weg zur Toilette. Erst schreiben sie SMS, später, so beobachtet es Baker, wechseln sie zu Snapchat, dem Kurznachrichtendienst, den sonst vor allem Teenager benutzen. Das Besondere: Nachdem der Empfänger eine Nachricht gesehen hat, verschwindet sie innerhalb von Sekunden.

Offenbar, so vermutet John Baker, tauschen die Kollegen geheime Informationen aus. Er fragt sie direkt, doch ihre Antworten sind verwirrend: Die Händler sprechen mit Geldgebern und Zwischenhändlern

Preise von Wertpapieren ab. Nur ergeben die Deals nach den üblichen Maßstäben keinen Sinn, weil die Händler keine Kursgewinne machen. Dafür, vermutet Baker, kann es nur einen Grund geben: Die Geschäfte haben einen anderen Zweck.

Wann genau Baker diese Dinge beobachtet hat, ist unklar. Aber er schildert sie in einer anonymen Anzeige, die er am 3. Februar 2012 bei der amerikanischen Börsenaufsichtsbehörde SEC in Washington stellt. Bis heute weiß die SEC nicht, wer der anonyme Whistleblower ist. John Baker heißt er nur in diesem Artikel. Baker glaubt, so geht aus seiner Anzeige hervor, dass die Bank enorme Einnahmen aus einer betrügerischen Form des Handels mit Steuergütern erzielt, der weit über die üblichen Formen steuerlicher Tricks hinausgeht. Dazu habe die Bank Steuersysteme

mehrerer europäischer Länder ausgenutzt. Es handelt sich, so wird sich herausstellen, um jene Geschäfte, die in Deutschland unter den Namen Cum-Ex und Cum-Cum bekannt geworden sind. Sie dienen einzig und allein dazu, die Steuerkassen auszuzehren.

Dass die amerikanische Börsenaufsicht von der Beteiligung Merrill Lynchs an diesen Geschäften wusste, war bislang nicht bekannt. Und es wirft Fragen auf: Wie kam es dazu, dass eine der größten Investmentbanken der Welt in Steuerkassen griff? Und was haben die amerikanischen Aufseher unternommen, um das Geld der europäischen Steuerzahler zu schützen?

Ein Jahr lang hat ein Team von 19 Medienpartnern aus zwölf Ländern, koordiniert vom Recherchezentrum Correctiv, vertrauliche Akten, interne Gutachten von Banken und Kanzleien sowie E-Mails ausgewertet.

Bereits in der vergangenen Woche berichteten die ZEIT, ZEIT ONLINE und das ARD-Magazin Panorama im Zuge der Kooperation, dass nicht nur Deutschland, sondern mindestens zehn weitere Staaten aus Europa Opfer der Finanzjongleure wurden, dass der Schaden bei mindestens 55 Milliarden Euro liegt.

Bei den Recherchen, die weltweit als »Cum-Ex-Files« veröffentlicht werden, spielen Banken eine wichtige Rolle. Die steuergetriebenen Geschäfte haben sich in den Instituten wie ein Virus verbreitet und mit der Zeit immer mehr Banken infiziert.

Wann ein Virus wo entstanden ist, lässt sich nur schwer ermitteln. Ein Infektionsherd aber ist Anfang der 2000er-Jahre die Investmentbank Morgan Stanley, ein Konkurrent von Merrill Lynch. Mehrere Beteiligte erzählen, dass die Cum-Ex-Geschäfte dort ein Zufallsfund waren. Ein Angestellter ist demnach auf einen großen Geldbetrag gestoßen, als er Buchungen eines Aktiengeschäfts kontrollierte. Das Erstaunliche: Niemand wollte das Geld haben. Es war irgendwie übrig geblieben. Der Angestellte meldete seinen Fund den Händlern, die den Deal gemacht hatten. Und eine kleine Gruppe von Bankern erkannte sofort, dass sich aus dem Zufall ein System machen ließe.

Ashley W. ist ein junger Mann mit rotblonden Haaren und grünen Augen, reserviert im Auftreten, sehr smart. Er hat bei Morgan Stanley als Rechnungsprüfer begonnen und sich zum Aktienhändler hochgearbeitet. Raj P. hat einen Job an einer unbedeutenden Stelle im Backoffice der Bank, ist aber ebenfalls in den Deal involviert und voller Ehrgeiz. Sylvan C., ein bulliger Typ, der ein bisschen aussieht wie Sylvester Stallone, ist der Ranghöchste der Truppe. So beschreiben es mehrere Personen, die alle drei gut kennen.

Die Händler versuchen, das Zufallsergebnis noch einmal zu erzielen. Wieder ist der Profit höher als ursprünglich gedacht. Also machen sie weiter. Ihre Vorgesetzten lassen sie gewähren. Morgan Stanley will sich dazu auf Nachfrage der ZEIT nicht äußern.

2006 wechselt Sylvan C. zu Merrill Lynch. Bald darauf heuern auch Ashley W. und Raj P. dort an. Die Geschäfte auf Kosten des Steuerzahlers lassen sich dort noch größer aufziehen, weil die Kultur bei Merrill Lynch besonders risikofreudig ist.

Die City of London ist eines der wichtigsten Zentren im globalen Wertpapierhandel – der ideale Nährboden für das Virus. Zwischen gläsernen Bürotürmen und viktorianischen Prachtbauten hat sich dort auch Merrill Lynch niedergelassen. Durch den Haupteingang betreten die drei Händler, so lässt es sich aus Aussagen früherer Kollegen rekonstruieren, ein weites Atrium, das von einem Glasdach überwölbt wird. Ein Aufzug trägt sie in den dritten Stock. Lange Tische ziehen sich quer durch den Raum, darauf Wände aus Monitoren, bis zu zehn Bildschirme pro Arbeitsplatz. An den Wänden kleben Warnschilder: Handys verboten! Kommuniziert werden darf nur über die bank-eigenen Systeme. Nichts soll der Kontrolle entgehen.

Als Sylvan C. zu Merrill Lynch wechselt, haben in einer ruhigen Ecke dieses Büros auch die Händler der SEFT-Abteilung ihren Platz. SEFT steht für Structured Equity Finance and Trading, komplizierte Finanz- und Handelsgeschäfte. Wer hier arbeitet, gehört zu den geschicktesten Finanzjongleuren der Bank.

Selbst für Fachleute ist es nicht einfach, steuergetriebene Aktiengeschäfte zu erkennen. Sie verbreiten sich nämlich nicht nur wie Viren, sie verändern sich auch ständig wie sie. Es gibt schon unzählige Varianten. Sie haben alle den gleichen Stamm, im Bankjargon »Dividendenanträge« genannt. Binnen weniger Tage werden riesige Aktienpakete hin- und hergeschoben. Danach lassen sich die Beteiligten Kapitalertragsteuer auf Dividenden erstatten, die ihnen eigentlich nicht zusteht. Für Geschäfte, bei denen die Steuer nur einmal ausgezahlt wird, hat sich der Begriff Cum-Cum etabliert. Das Virus kann aber auch zu Cum-Ex mutieren. Dann wird eine Steuer einmal abgeführt, aber sogar doppelt oder noch öfter vom Fiskus zurückgefordert (siehe Grafiken unten).

Anfang 2008 wird bei Merrill Lynch eine interne Präsentation mit dem Titel »Ein global koordinierter Ansatz« herumgereicht. Darin erklären die Autoren, wie man Kunden von den lukrativen Cum-Cum-Deals überzeugen kann und in welchen Ländern Merrill Lynch die Geschäfte machen möchte: in Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, den Niederlanden, in Italien, Norwegen, Portugal, Spanien, Schweden und der Schweiz. Also in halb Europa.

Die Händler, die die Deals konstruieren, verdienen bei Merrill Lynch viel Geld. Zum Beispiel Raj P., der morgens mit einem Lamborghini vorfährt. Zu seiner Hochzeit lädt er die anderen Händler nach Indien ein, inklusive Elefantentritt. P. steigt immer weiter auf, bis er die Abteilung leitet, die Cum-Ex- und Cum-Cum-Geschäfte macht. Mitarbeiter, die bei Merrill Lynch solche steuergetriebenen Geschäfte abwickeln, haben intern bald eine eigene Bezeichnung: *tax traders* – Steuerhändler.

Drei Jahre später, im März 2015, geht eine weitere anonyme Whistleblower-Anzeige bei der SEC ein. Ihr Absender soll hier Bill Smith heißen. Auch Smith entdeckt einen zweifelhaften Deal. Ende 2012 schildert er seine Bedenken zunächst über die interne Ethik-Hotline von Merrill Lynch. Fast eine Stunde lang berichtet Smith dem Mann an der Hotline seinen Verdacht, warnt vor falschen Konten und fiktiven Transaktionen. Der Deal wird ausgesetzt, ein halbes Jahr später dann aber doch abgewickelt. »Die Kultur bei Merrill Lynch ist nicht so, dass es willkommen wäre, solche Sorgen zu äußern«, schreibt Smith später frustriert der SEC.

Smiths Anzeige ist sehr präzise. Sie nennt die Namen von 29 Personen, die in die Deals involviert sind. Und sie erinnert daran, dass die USA solche Geschäfte im eigenen Land unterbunden haben. Die Steuerhändler von Merrill Lynch sitzen zwar in London. Doch das Personal wechselt ständig zwischen Großbritannien und dem Hauptsitz in Amerika. So viele verschiedene Leute in New York und London seien involviert, dass es unmöglich sei zu trennen, wer was nach britischem oder amerikanischem Recht gehandelt habe, schreibt Smith.

Die SEC reagiert nicht auf die Anzeigen, weder auf die von John Baker 2012 noch auf jene von Bill Smith 2015. Warum sie nicht handelte, will die Börsenaufsicht auf Nachfrage nicht kommentieren. Die Steuerdeals laufen weiter wie gehabt.

Der 29. Mai 2013 ist ein Mittwoch. Einige der Steuerhändler sind nach New York gereist. Sylvan

ANZEIGE



Wo unsere Energie herkommt?

Viel von unten. Und von oben. Und meist auch von der Seite.

Statoil heißt jetzt Equinor. Denn aus Norwegen kommt jetzt mehr als Erdgas: Als breit aufgestelltes Energieunternehmen setzen wir auch auf Sonne und Wind. Da Nachhaltigkeit zentraler Bestandteil unserer Unternehmensstrategie ist, gestalten wir die Energiezukunft aktiv mit innovativen Lösungen wie Hywind, dem ersten schwimmenden Windpark der Welt. Oder Batwind, die weltweit erste Batterie für Offshore-Windenergie. Mehr Information auf equinor.de



Wie funktioniert ein Cum-Ex-Geschäft?



1. Vor der Dividendenausschüttung verkauft Investor B Aktien an Investor C. Das Besondere: Investor B besitzt sie noch gar nicht. Er muss erst später liefern. Das nennt man einen Leerverkauf.



2. Am Tag der Ausschüttung erhält Investor A eine Dividende. Darauf muss er 25 Prozent Kapitalertragsteuer abführen. Über eine Bankbescheinigung kann er sie sich später zurückholen, da er bereits Körperschaftsteuer (Unternehmen) oder Einkommensteuer (Privatperson) bezahlt hat.



3. Nach der Ausschüttung verkauft Investor A seine Aktien an Investor B. Dieser liefert sie an Investor C. Auch Investor C bekommt eine Bankbescheinigung, da er die Aktien bei der Ausschüttung formal bereits besessen hat. Mit ihr kann er sich Kapitalertragsteuer erschleichen, die er nie bezahlt hat.



C., der Mann, der ein bisschen aussieht wie Sylvester Stallone, ist mit dabei. Die amerikanischen Chefs der Steuerhändler machen sich Sorgen um die Reputation der Bank. Die Steuerhändler wiederum wollen ihnen klarmachen, warum die Geschäfte wichtig für die Bank sind und fortgesetzt werden müssen. So berichtet es Bill Smith.

Ihre Pläne präsentieren die Steuerhändler Thomas Montag. Er gehört zum Vorstand der Bank of America, die Merrill Lynch 2009 übernommen hat. Montag weiß nicht recht, was er von den Geschäften halten soll. Weil die Risikokontrolle in New York keine Einwände hat, dürfen die Steuerhändler am Ende aber weitermachen.

Der Whistleblower hat seiner Anzeige eine interne Präsentation beigelegt, die zeigt, dass Merrill Lynch 2012 Aktien im Wert von 25 Milliarden US-Dollar gehandelt hat und diese Summe 2013 noch übertreffen will. 45 Transaktionen sollten in 27 Ländern vorgenommen werden. Welchen Anteil daran Cum-Ex-Geschäfte haben, geht aus der Präsentation nicht hervor. Jedoch werden in ihr die Risiken der Geschäfte beschrieben: die Ermittlungen deutscher Staatsanwaltschaften in Sachen Cum-Ex. Und die Gefahr, in der Öffentlichkeit als Steuervermeider dargestellt zu werden.

Ob Thomas Montag die betrügerische Natur der Deals klar geworden ist, lässt sich der Whistleblower-Anzeige nicht entnehmen. Doch Bill Smith erhebt einen schweren Vorwurf: »Der Bank of America waren diese Transaktionen bis in die höchsten Ebenen bekannt.«

Ein Jahr später, im März 2014, meldet sich eine Delegation der amerikanischen Zentralbank in London an. Es ist ein Routinebesuch. Die Banker von Merrill Lynch bitten die Delegation in den sechsten Stock. Von dort blickt man direkt auf die vergoldete Statue der Justitia, die die Kuppel des zentralen Londoner Strafgerichtshofs Old Bailey ziert. Die Zentralbanker bringen eine lange Liste an Fragen mit, zur Unternehmensstrategie, zum Risikomanagement – und zum steuergetriebenen Aktienhandel. So berichtet es einer, der dabei war. Auf Anfrage wollte die amerikanische Zentralbank zu dem Vorgang keine Stellung nehmen.

Offenbar macht dieser Besuch die Chefs von Merrill Lynch nervös. Jedenfalls reagiert die Bank trickreich: Sie streicht den Begriff SEFT Desk einfach aus ihrem Organigramm – und ordnet die Händler einer anderen Einheit zu. So berichtet es das *Wall Street Journal* 2016. Ein weiterer Insider, der noch heute bei der Bank arbeitet, erzählt, dass die steuergetriebenen Aktiengeschäfte bis heute weiterleben. Weder Merrill Lynch noch die Bank of America antworten auf Fragen der ZEIT.

In der Zwischenzeit haben sich die Geschäfte von Merrill Lynch aus verbreitet. 2009 schon wechselt Ashley W. zur britischen Investmentbank Barclays, die auf Nachfrage bestätigt, an Cum-Ex-Geschäften auf Kosten des deutschen Steuerzahlers beteiligt gewesen zu sein. Die »Cum-Ex-Files« zeigen, dass Hunderte von Bankern in London gelernt haben, wie das System funktioniert. Und sich große Banken aus aller Welt an den Geschäften beteiligen, darunter die spanische Santander, die französische BNP Paribas und die australische Bank Macquarie.

Schließlich erreicht das Virus auch Deutschlands große Geldinstitute. Einer der Überträger, Paul Mora, ein 1,90 Meter großer Banker, arbeitet ebenfalls zunächst für Merrill Lynch. Ursprünglich kommt er aus Neuseeland. Dort hat er Jura studiert und als Anwalt gearbeitet. 1997 beginnt er bei Merrill Lynch und kümmert sich dort mehr als vier Jahre um »maßgeschneiderte Kundenlösungen« zu Fragen der Einkommen- und Kapitalertragssteuer.

Als das Dreigestirn Sylvan C., Ashley W. und Raj P. zu Merrill Lynch kommt, hat Mora die Bank schon verlassen. Aber er hat dort einen anderen Mann kennengelernt, mit dem er später Cum-Ex-Geschäfte machen wird: Martin Shields, Fachmann im Aktien- und Derivatehandel und einer der besten Mathematiker, die Großbritannien je hervorgebracht hat. Bereits in seiner Schulzeit wurde Shields, der später in Oxford studierte, mehrfach wegen außerordentlicher Leistungen ausgezeichnet. So berichtet es ein Aktienhändler, der ihn gut kannte, gegenüber deutschen Staatsanwälten.

Mora verlässt Merrill Lynch 2004 und wechselt nach einer Zwischenstation bei Credit Suisse zum Londoner Ableger der bayerischen HypoVereinsbank (HVB). Dort wird er Chef der Eigenhandelsabteilung und macht den Handel mit der Kapitalertragssteuer, also den Griff in die Staatskasse, zum Kerngeschäft. Die HVB teilt auf Anfrage mit, »dass wir uns zu etwaigen Mitarbeitern grundsätzlich nicht äußern«.

Die Abwicklung der Deals überlässt Mora Martin Shields, den er 2004 von Merrill Lynch abgeworben hat. Mora und Shields sind ein ideales Paar: der joviale Kommunikator, der mit Banken, Anwälten und Privatinvestoren verhandelt, und der detailversessene Planer der komplexen Deals, ohne dessen mathematische und technische Finesse die Beute am Ende nicht zwischen den Beteiligten aufgeteilt werden könnte.

Geschick passen sie ihre Methoden 2007 an die unzureichenden Versuche des deutschen Finanzministeriums an, die Cum-Ex-Geschäfte zu stoppen. Dann jedoch erlebt die Bankenwelt ein existenzbedrohendes Ereignis: die globale Finanzkrise. Die US-Bank Lehman Brothers bricht zusammen, auch andere Investmentbanken stehen am Rande des Abbruchs. Überall auf der Welt rufen Institute den Staat um Hilfe. Der springt ihnen bei, schickt aber zugleich seine Kontrolleure los. Die Vorstände der Banken versuchen deshalb, alle Geschäfte loszuwerden, die als anstößig wahrgenommen werden könnten.

Nicht jedoch die steuergetriebenen Aktiengeschäfte. Damit sie in der Bank nicht entdeckt werden, gibt es einen neuen Trick. Die Geschäfte werden outsourct. Das ist im Sinne von Mora.

Es ist 2008, der Crash ist gerade in vollem Gange, und Mora ist sauer. Die HVB hat ihm zwischen 2004 und 2008 jährliche Boni von bis zu 890.000 Euro gezahlt. Doch Mora findet, die Boni seien zu gering. Also beschließen er und Shields, ihre eigene Firma zu gründen: Balance Capital, ein Konglomerat aus vielen einzelnen Gesellschaften, die ihren Sitz in Großbritannien, auf den Kaimaninseln, Gibraltar oder den britischen Jungferninseln haben. Über Balance fädelt Mora und Shields nun ihre eigenen Deals ein. Sie handeln mit allem, was der deutsche Aktienmarkt hergibt: Allianz, BASF, Bayer, Daimler, Lufthansa, E.on, Metro.

Dafür brauchen sie viel Geld. Die Deutsche Bank hat zur selben Zeit ein Problem. Händler ihrer Londoner Niederlassung haben sich 2008 mit hoher Wahrscheinlichkeit in mindestens drei Fällen an Cum-Ex-Geschäften beteiligt. Das hat die Wirtschaftskanzlei Freshfields 2015 festgestellt. Nun will die Bank diesen Handel reduzieren und trotzdem im Geschäft bleiben. So beschreibt es ein weiteres Gutachten von Freshfields aus demselben Jahr. Da kommt ihr Balance gerade recht.

Das Gutachten hat die Deutsche Bank auftrag gegeben, um herauszufinden, inwieweit ihr Londoner Ableger nach der Finanzkrise noch an Cum-Ex-Geschäften beteiligt war. Aus ihm geht

hervor, dass zwei Mitarbeiter der Deutschen Bank 2009 zu Balance gewechselt und dort neben Mora und Shields Gesellschafter geworden sind: Simon P. und Joseph P. Ihr neues Unternehmen steht in engem Kontakt zu ihrem alten Arbeitgeber. In der Branche gilt Balance bald als »Equity-Finance-Arm der Deutschen Bank«. So geht es aus E-Mails hervor, die sich die Aktienhändler untereinander schreiben.

Die beiden Gutachten beschreiben detailliert, wie Balance und die Deutsche Bank bis 2011 zusammenarbeiten. Abschließende Beweise dafür, dass die Mitarbeiter der Deutschen Bank wussten, um was für Geschäfte es ging, finden die Anwälte nicht. Aber sie halten es für »(sehr) wahrscheinlich«, dass die handelnden Mitarbeiter »sich bewusst an den Cum-Ex-Geschäften Dritter beteiligten«. Die Deutsche Bank

selbst teilt auf Nachfrage mit, sie habe zwar nicht als Aktienkäufer oder -verkäufer bei Cum-Ex-Geschäften agiert, sei jedoch »teilweise in Cum-Ex-Geschäften von Kunden eingebunden gewesen. Dies aber bedeute »in keinem Fall, dass die Deutsche Bank die Kontrolle über den Handel dieser Kunden hatte«.

Die Frankfurter Staatsanwaltschaft hat im September 2017 gegen Mora und Shields Anklage vor dem Landgericht Wiesbaden wegen Cum-Ex-Deals erhoben. Sie wirft den Männern vor, den Finanzbehörden aus »grobem Eigennutz« über steuerlich erhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht und dadurch Steuervorteile in großem Ausmaß erlangt zu haben. Mora wird außerdem vorgeworfen, Hilfe bei gemeinschaftlicher versuchter besonders schwerer Steuerhinterziehung geleistet zu haben. Noch

wird die Anklage vom Gericht geprüft. Auch die Kölner Staatsanwaltschaft ermittelt wegen der Geschäfte von Mora und Shields. Die Fragen der ZEIT ließen beide unbeantwortet.

Ashley W., der Mann, der mit Sylvan C. und Raj P. aus einem Zufallsfund ein großes Geschäft auf Kosten des Staates machte, kann auf eine steile Karriere zurückblicken. Von Merrill Lynch wechselte er auf eine leitende Position bei Barclays. Heute ist er Manager bei der Deutschen Bank in London und entspannt sich nach Feierabend in seinem Anwesen im Südwesten der Stadt. Raj P. arbeitet immer noch für Merrill Lynch. Und Sylvan C. ist in die USA zurückgekehrt. Er lebt in Florida direkt am Strand.

www.zeit.de/audio

ANZEIGE

URBANE ELEGANZ.
KREIERT VON WEMPE.

WEMPE
FEINE UHREN & JUWELEN

Machen Sie die Stadt zu Ihrer Bühne. Mit Diamanten im ASHOKA® Cut – jetzt exklusiv bei WEMPE.

ASHOKA®

AN DEN BESTEN ADRESSEN DEUTSCHLANDS UND IN NEW YORK, PARIS, LONDON, WIEN, MADRID – WEMPE.COM

Der Treuhänder

Ulrich Mix verwaltet das Vermögen Tausender Karstadt-Rentner – und soll an Cum-Ex-Geschäften verdient haben. Jetzt ermittelt die Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts der Untreue, Bestechlichkeit, Geldwäsche und Steuerhinterziehung

VON MANUEL DAUBENBERGER, FELIX ROHRBECK UND CHRISTIAN SALEWSKI

Als Ulrich Mix am einem Mittwochmorgen im März vergangenen Jahres eine Bühne im Luxushotel Pullmann Schweizer Hof in Berlin erklimmt, ist der Saal erst halb gefüllt. Es ist der letzte Tag der jährlichen *Handelsblatt*-Tagung »Betriebliche Altersvorsorgung«, einer der wichtigsten Veranstaltungen der Branche. Am Abend zuvor gab es einen Umrundung, und viele der eintrudelnden Manager wirken, als wären sie lieber deutlich später aufgestanden. Doch Mix braucht nicht lange, um seine Zuhörer aufzuwecken. Der 53-jährige Manager kommt ohne Pult und Manuskript aus. Drückvoll und selbstsicher trägt er vor, die eine Hand an der Fernbedienung für die PowerPoint-Präsentation, die andere lässig in der Hosentasche. Die Bühne schreitet er auf und ab wie ein Motivationstrainer.

In seinem Vortrag geht es um Betriebsrenten im digitalen Zeitalter, um künstliche Intelligenz und Algorithmen. Mix möchte seinen Zuhörern, so sagt er es, etwas *»food for thought«*, also Gedankenfutter, mit auf den Weg geben. Es ist die Rolle des seriösen und verlässlichen, aber auch etwas visionären Finanzfachmanns, in die er bei solchen Veranstaltungen gern schlüpft.

Was wohl keiner der Zuhörer ahnt: Gegen Mix wird ermittelt. Wegen Untreue, Bestechlichkeit, Geldwäsche und Steuerhinterziehung. Was die Ermittler zusammengebrachten haben, liest sich wie das Drehbuch für einen Finanzkrimi, der in der Figur von Mix zwei der größten Skandale der deutschen Wirtschaftsgeschichte miteinander verbindet. Er beginnt im Wirrwarr rund um den Untergang des KarstadtQuelle-Konzerns – eines Symbols des deutschen Wirtschaftswunders, das nicht zuletzt der Hybris seiner Manager zum Opfer fiel. Und er führt mitten hinein in den größten Steuerraub aller Zeiten, den Cum-Ex-Skandal, der Politik und Justiz bis heute in Atem hält. Reden will Mix darüber nicht. Als ihn einer der Reporter nach seinem Vortrag auf Cum-Ex anspricht, verweigert er die Auskunft. Auch auf schriftliche Fragen antwortet er nicht. Kurz gesagt, lautet der Verdacht der Staatsanwälte, dass Mix mit dem Vermögen der Karstadt-Rentner ohne deren Wissen Cum-Ex-Geschäfte eingefädelt. Dabei lässt man sich Steuern erstatten, die zuvor gar nicht bezahlt wurden. Der Griff in die Steuerkasse ist der einzige Zweck dieser Geschäfte (siehe Grafik auf S. 20). Über viele Jahre haben Banker, Berater und Anwälte mit ihnen systematisch den deutschen Staat geplündert. Zusammen mit den verwandten Cum-Cum-Geschäften liegt der Schaden für den deutschen Fiskus bei mindestens 32 Milliarden Euro. Wie eine gemeinsame Recherche von europäischen Medien im vergangenen Jahr zeigte, waren mindestens zehn weitere Länder betroffen (siehe Kasten).

Die Geschäfte, die Mix eingefädelt haben soll, gingen am Ende auch noch schief. Millionen an Pensionsvermögen waren weg. Für sich selbst aber hatte der Manager offenbar gesorgt. Die Ermittlungen legen nahe, dass er von den Cum-Ex-Geschäften über verdeckte Provisionen persönlich profitierte. Über verschachtelte Offshore-Firmen auf den British Virgin Islands und in Luxemburg sollen den Eheleuten Mix rund vier Millionen Euro in eine Schweizer Privatstiftung zugeflossen sein, und das auch noch unversteuert.

Wie kann es sein, dass dieser Ulrich Mix noch immer auf Bühnen steht und dort als angesehener Finanzexperte auftritt? Dass er bis heute das Geld Tausender Karstadt-Pensionäre verwaltet? Man kann seine Geschichte auch als Parabel lesen: auf einen Kapitalismus, in dem der Untergang eines Unternehmens für die meisten Mitarbeiter einen tiefen Einschnitt in ihrem Leben bedeutet, es Managern wie Mix aber gelingt, sogar aus einer Pleite noch Profit zu schlagen.

Noch heute treffen sich die Pensionäre der ehemaligen Karstadt-Filiale Hamburg-Billstedt alle drei Monate im kroatischen Restaurant Tunico. An einem Dienstag im Dezember haben sie den Tisch vorweihnachtlich mit Tannenzweigen und selbst gebackten Kerzen de-



koriert, knapp 20 Pensionäre sind gekommen. Eine von ihnen ist Helga Meyer, 68 Jahre. Früher hat sie als Verkäuferin in der Betten- und Gardinenabteilung gearbeitet. Mit ihren Kollegen von damals redet sie nun über ihre Kinder und Enkelkinder, über Krankheiten und, natürlich, über Karstadt, über das schreckliche Ende, aber auch über die guten alten Zeiten, an die sich alle hier erinnern. »Ich habe gerne Kunden beraten und ihnen geholfen, das zu finden, was ihnen gefällt«, sagt Meyer. Ihre Kollegen seien für sie wie eine Familie gewesen. »Karstadt war unser Leben.«

Für ein paar Stunden leben die goldenen Zeiten von Karstadt an diesem Dienstag auf. Es war ja nicht irgendein Unternehmen. Karstadt war ein Stück deutsche Geschichte, die Filialen mondäne Kathedralen des Konsums. Hier gab es fast alles: Parfum, Jeans, Knoblauchpressen, Reiseführer und Bettwäsche. Das war praktisch. Und die Deutschen liebten es. Mitte der 1970er-Jahre wurde jede zehnte Mark in einem Kaufhaus ausgegeben. Und in fast jeder größeren Stadt stand im Zentrum nicht nur eine Kirche, sondern auch ein Karstadt.

Dann aber ging es allmählich bergab. Erst kamen die Shoppingmalls, dann das Internet. Die Bedürfnisse einer individualisierten Gesellschaft konnte Karstadt nicht mehr erfüllen. Anfang der 2000er-Jahre ist die Krise nicht mehr zu kaschieren. Die Umsätze brechen ein, Mitarbeiter werden entlassen.

In dieser Situation kommt 2004 Thomas Middelhoff zu Karstadt. Er ist damals ein Starmanager. In nur vier Jahren hat er den Umsatz des Medienunternehmens Bertelsmann verdoppelt. Nun soll er Karstadt retten, zunächst als Chef des Aufsichtsrats, ab 2005 als Vorstandsvorsitzender. Sofort beginnt er, das Warenhaus-Reich neu zu sortieren. Firmen und Vermögenswerte werden hin und her geschoben, Karstadt-Immobilien an Investoren verkauft, um die Schulden zu drücken. Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, werden aber auch die Pensionsverpflichtungen, die der Konzern gegenüber seinen Mitarbeitern eingegangen ist, in einen Fonds ausgelagert, den KarstadtQuelle-Mitarbeiter-Trust. Zum Vorstand dieses Fonds wird jener Mann ernannt, gegen den nun ermittelt wird: Ulrich Mix, damals Finanzvorstand bei Quelle.

Mix wird zudem Geschäftsführer der Deutsche Pensions Group, einer Firma, die die Betriebsrente der 50.000 Pensionäre und 100.000 Versorgungsberechtigten verwaltet. Zu deren Vermögen gehören nicht nur Immobilien und Bargeld, sondern auch eine Bank, die konzern-eigene Karstadt Hypothekbank, die später in Valovis Bank umbenannt wird. Als sie 2005 in den Besitz der Karstadt-Rentner übergeht, ist sie 250 Millionen Euro wert, ein Fünftel des Pensionsvermögens. Ulrich Mix zieht als Vertreter der Pensionäre in ihren Aufsichtsrat ein. Mix ist damit ein mächtiger Mann. Er verwaltet ein Milliardenvermögen und kontrolliert zudem eine Bank. Das macht ihn interessant für Menschen, die auf der Suche nach reichen Investoren sind. Menschen wie Hanno Berger.

Der Steueranwalt, der sich in die Schweiz abgesetzt hat, ist einer der Hauptbeschuldigten in mehreren Cum-Ex-Verfahren. Damals ist er derjenige, der die Geschäfte auf Kosten des Steuerzahlers perfektioniert und unter Millionären salonfähig macht. Berger, so kann man es sagen, gilt als Spiritus Rector hinter den Cum-Ex-Geschäften. Ein enger Weggefährte, nennen wir ihn Benjamin Frey, hat mittlerweile als Kronzeuge bei der Staatsanwaltschaft ausgepackt. Er erinnert sich, dass Berger in Ulrich Mix eine Art Jackpot sah. »Das ist der Typ, der bei Karstadt die Pensionen verwaltet, der hat Kohle ohne Ende«, habe es in der Kanzlei geheißeln. Berger habe ihn umgarnet, schnell sei man per Du gewesen, so Frey. »Die beiden waren richtige Buddys.«

Bald schon zählt Berger den Pensionsfonds der Karstadt-Mitarbeiter zu seinen Mandanten. Bei späteren Durchsuchungen finden die Ermittler Hinweise darauf, dass Mix bereits im Jahr 2008 Vermögen der Pensionäre in Cum-Ex investierte. Richtig groß, so vermuten sie es, steigt er aber erst ein Jahr später ein. In jenem Jahr, in dem der mittlerweile in Arcandor umbenannte Karstadt-Quelle-Konzern in die Pleite schlittert. Verantwortlich für den Niedergang des Konzerns sind vor allem desinteressierte Eigentümer und unfähige Manager. Bezahlen aber müssen vor allem die Mitarbeiter.

Die Cum-Ex-Files

Dieser Artikel basiert auf den Cum-Ex-Files, einer Recherche von 19 Medien aus zwölf europäischen Ländern. Koordiniert wurde das Projekt vom gemeinnützigen Recherchezentrum Correctiv. Zu den Partnern gehörte in Deutschland neben der ZEIT und ZEIT ONLINE auch das ARD-Magazin »Panorama«. Im vergangenen Jahr machten die beteiligten Journalisten öffentlich, dass durch Cum-Ex- und die verwandten Cum-Cum-Geschäfte ein Schaden von mindestens 55 Milliarden Euro in Europa ent-

standen ist (ZEIT Nr. 43/18). Die Recherchen lösten ein breites Echo aus und wurden Thema im Bundestag und im Europaparlament. Insgesamt bestehen die Cum-Ex-Files aus rund 180.000 Seiten vertraulicher Akten, Gutachten, E-Mails und weiterer Dokumente. In ihnen stecken noch viele bisher nicht oder kaum berichtete Aspekte des Skandals. Dazu gehören auch die Ermittlungen über Geschäfte auf Kosten des Steuerzahlers mit Vermögen der Karstadt-Rentner.

DIESE WOCHE



1000 Euro im Monat, einfach so: Michael Bohmeyer hat erprobt, was das Grundeinkommen mit Menschen macht. Ein Interview

Seite 24



Eine unverfälschte Studie zeigt: Die Stickoxidwerte in deutschen Städten bleiben hoch.

Für 2019 drohen Fahrverbote

Seite 28



Patricia Schlesinger hat dem RBB mehr Gewicht verliehen. Die Frage ist, wie es jetzt weitergehen kann

Seite 30



Süße Botschaft

MARCUS ROHWETTERS
wöchentliche Einkaufshilfe

Eigentlich war die Sache mit der Limonade vergangene Woche ein Fall fürs Sommerloch. Weil aber grad Winter ist, sei der Fall hier noch einmal aufgearbeitet. Das Bezirksamt Hamburg-Mitte hatte der Firma Lemonaid nämlich mitgeteilt, dass die von ihr hergestellte Limonade gar keine Limonade sei, weil die Leitsätze für Erfrischungsgetränke bei Limonaden einen »Gesamtzuckergehalt von mindestens sieben Gewichtsprozent« vorsehen, die von Lemonaid aber bloß sechs Prozent Zucker enthalte. »Nicht süß genug, um Limo zu sein!«, konkret Lemonaid öffentlich, verwies auf sein »natürliches Lebensmittel« und darauf, dass Zuckerreduktion von Ernährungsminderin Julia Klöckner doch politisch gewollt sei. Und alle schrieben es ab.

Der Behördenbrief war ein PR-Geschenk, für das sich der Geschäftsführer von Lemonaid persönlich und auf Knien bedanken sollte. So kann sich seine Firma (wegen eines schlappen Prozentpunkts weniger Zucker!) nämlich als Vorkämpfer gesunder Ernährung und zugleich als Opfer kleinkarrierter Bürokraten ohne gesunden Menschenverstand inszenieren.

Weitgehend unbeachtet blieb in diesem Zusammenhang, dass die Leitsätze als Teil des Lebensmittelbuches gar nicht den Sinn haben, Limonadenhersteller zur Überzuckerung zu zwingen. Ziel ist eine klare Begrifflichkeit, wie zum Beispiel die, dass Erdbeereis Erdbeeren enthalten sollte (mindestens 20 Prozent!), weil ansonsten ein Chemiekonzern ja die Idee haben könnte, aus Aromastoffen, Sägemehl und roter Dispersionsfarbe etwas herzustellen, das er als Erdbeereis verkauft, was dann aber auch wieder nicht recht ist und Verbraucherschützer empört, weil die Behörden nicht dagegen vorgehen. Natürlich muss man Leitsätze von Zeit zu Zeit anpassen, und das wird ja auch getan. Davon abgesehen sind sie ausdrücklich »keine Rechtsnormen und damit nicht rechtsverbindlich«. Weshalb man die Sache, siehe oben, am besten schnell wieder vergisst.

Von Verkäufern benötigt? Generiert von Werbe-Hohlsprech und Pseudo-Innovationen? Melden Sie sich: quengelzone@zeit.de – oder folgen Sie dem Autor auf Twitter unter @MRohwetter

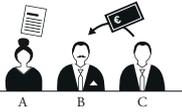
* Die Handelsblatt Media Group gehört zur DVH Medien GmbH, die auch 50 Prozent des Zeitverlags besitzt

Das Ablenkungsmanöver

Die Warburg-Bank verklagt die Deutsche Bank – und gibt ihr die Schuld am Steuerverlust durch Cum-Ex-Geschäfte. Die Erkenntnisse der Ermittler zeichnen ein anderes Bild **VON MANUEL DAUBENBERGER, FELIX ROHRBECK UND CHRISTIAN SALEWSKI**

Wie funktioniert Cum-Ex?

1.



Vor der Dividendenausschüttung verkauft Investor B Aktien an Investor C. Das Besondere: Investor B besitzt sie noch gar nicht. Er muss erst später liefern. Das nennt man einen Leerverkauf.

2.



Am Tag der Ausschüttung erhält Investor A eine Dividende. Darauf muss er 25 Prozent Kapitalertragsteuer abführen. Über eine Bankbescheinigung kann er sie sich zurückholen, da er bereits Körperschaftsteuer (Unternehmen) oder Einkommensteuer (Privatperson) bezahlt hat.

3.



Nach der Ausschüttung verkauft Investor A seine Aktien an Investor B. Dieser liefert sie an Investor C. Auch Investor C bekommt eine Bankbescheinigung, da er die Aktien bei der Ausschüttung formal bereits besessen hat. Mit ihr erschleicht er sich eine Erstattung der Kapitalertragsteuer, die er nie bezahlt hat.

Die Protagonisten der Geschichte



Ulrich Mix
verwaltet das Vermögen von Tausenden Karstadt-Rentnern



Detlev Haselmann
leitet mit Mix die Firma, die das Vermögen der Rentner verwaltet



Hanno Berger
hat die Cum-Ex-Geschäfte perfektioniert und salonfähig gemacht

Eine Hamburger Privatbank mit noch immer persönlich haftenden Gesellschaftern gegen eine Symbolinstitution des Finanzkapitalismus, dem man nach unzähligen Skandalen grundsätzlich erst einmal alles zutraut. So kann und soll man die Klage der Warburg-Bank gegen die Deutsche Bank wohl interpretieren, die in der vergangenen Woche bekannt wurde. Es geht um den Cum-Ex-Skandal, den größten Steuerraub aller Zeiten, und um die Rolle der beiden Institute darin. Kurz gesagt lautet die Botschaft der Klage: Warburg ist unschuldig – verbockt hat es die Deutsche Bank.

Bei Cum-Ex-Geschäften wird eine Steuer erstattet, die nie bezahlt wurde (siehe Grafik), was in Deutschland einen Milliarden Schaden beim Staat verursacht hat. Dem geht aber ein Verwirrspiel voraus, an dem Banken, Broker und Investoren beteiligt sind. Und die Beteiligten schieben sich nun gegenseitig die Schuld zu. Warburg behauptet, die Deutsche Bank habe es pflichtwidrig unterlassen, Steuern abzuführen. Diese wiederum teilt mit, die Pflicht dazu liege allein bei Warburg.

Noch sind etliche juristische Fragen ungeklärt. Schon aber lässt sich erkennen, dass die Rollen der beiden Banken im Cum-Ex-Skandal sehr unterschiedlich waren. Und dass die Opferrolle, in die Warburg mit der Klage nun zu schlüpfen versucht, mit den Erkenntnissen der Ermittler kaum in Einklang zu bringen ist. Das zeigen vertrauliche Akten und Berichte im Zuge der Cum-Ex-Files.

Seit dem Jahr 2016 hat die Staatsanwaltschaft Köln die Warburg-Bank mehrfach durchsuchen lassen und die Ermittlungen gegen sie stetig ausgeweitet. Sie vermutet, dass die Bank zwischen 2006 und 2011 ein zentraler Akteur auf dem Cum-Ex-Markt war. Der Verdacht lautet Steuerhinterziehung in besonders schwerem Fall. Der entstandene Schaden soll bei 330 Millionen Euro liegen. Die Warburg-Bank hat demnach auf allen Ebenen mitgemischt: Sie hat Cum-Ex-Geschäfte auf eigene Rechnung und für vermögende Kunden getätigt. Inhaber sollen auch ihr Privatvermögen in Cum-Ex-Deals investiert haben. Die Führung des Hauses war offenbar eng eingebunden.

In einer Befragung durch die Wirtschaftsprüfer von Deloitte sagte der wichtigste Cum-Ex-Händler der Bank, es gebe Institute, bei denen der Vorstand von solchen Transaktionen nichts wissen wolle, das sei bei Warburg anders gewesen. Die sogenannten Partner in der Führung der Bank seien »hochgradig involviert« gewesen. Die Warburg-Bank bestätigt das, bestreitet aber, dass die Partner von »rechtswidrigen Cum-Ex-Transaktionen« gewusst haben.

Neben der Staatsanwaltschaft interessiert sich auch das Hamburger Finanzamt für Warburg. Es will rund 46 Millionen Euro an Steuern zurück. Warburg hatte diese im Zuge von Cum-Ex-Geschäften in den Jahren 2010 und 2011 geltend gemacht, nach Ansicht des Finanzamts zu Unrecht. Die Warburg-Bank indes beharrt darauf, das Geld stehe ihr zu. Sie hat Einspruch gegen die Steuerbescheide eingelegt.

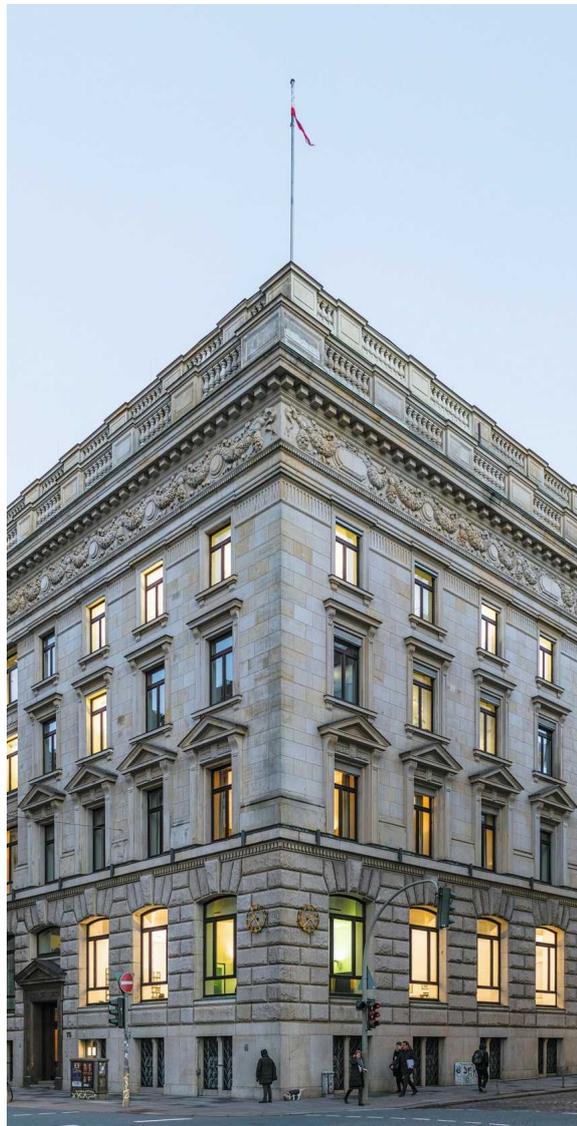
Um diese Forderung geht es nun auch in der Klageschrift gegen die Deutsche Bank. Auf Anfrage will Warburg sie der ZEIT nicht zur Verfügung stellen, aber die Süddeutsche Zeitung zitiert daraus: Bei Warburg sei »ohne eigenes Zutun und Wissen« eine Steuerschuld entstanden. Verantwortlich sei vielmehr die Deutsche Bank. Sie solle daher auch für alle Rückforderungen des Fiskus aufkommen und der Privatvermögen der Binnentaler zudem den Reputationschaden ersetzen, der durch die Vorwürfe gegen sie entstanden sei.

Der Treuhänder

Für Helga Meyer sind diese, ihre letzten Jahre bei Karstadt eine Tortur. In ihrer Filiale soll sie, so erzählt sie es, nicht mehr nur Bettwäsche und Gardinen verkaufen, sondern auch noch die Kurzwaren mitbetreiben. Ständig habe sie zwischen den Abteilungen hin und her rennen müssen, ohne richtige Pausen. Auch die Kunden seien unzufrieden geworden, weil die Zeit gefehlt habe, um sie zu beraten. Die Unsicherheit, wie es weitergehen wird, belastet sie. 2009, im Jahr der Pleite, geht sie in den Vorruhestand. Vom Karstadt-Management ist sie enttäuscht. »Man hat uns während der Krise gesagt, verzichten Sie auf Weihnachts- und Urlaubsgeld, dann behalten Sie Ihren Arbeitsplatz. Da wir Angst hatten, arbeitslos zu werden, haben wir zugestimmt.« Besser aber wurde es nicht.

Die Karstadt-Pleite bedeutet für viele Mitarbeiter das Ende eines harten Arbeitslebens. Ulrich Mix jedoch hat vorgesorgt. Zusammen mit Detlev Haselmann, dem früheren Leiter der Rechtsabteilung von KarstadtQuelle, kauft er dem Konzern 2008 die Deutsche Pensions Group ab, jenes Unternehmen, das den Pensionsfonds verwaltet. Der Preis, den die Manager dafür bezahlen, werden Essener Steuerfahnder später als »verbilligt« bezeichnen. Mix und Haselmann wollen sich dazu nicht äußern. Auch zu allen anderen Vorwürfen nehmen sie keine Stellung.

Fakt ist: Mix verdient von Anfang an gut am Niedergang von Arcandor. Im Gläubigerausschuss des Konzerns soll er die Interessen der Karstadt-Rentner vertreten. Für 14 Sitzungen und drei Telefonkonferenzen bekommt er 150.000 Euro. Zur selben Zeit hilft er den Ermittlern zufolge dabei, Briefkastenfür für Cum-Ex-Geschäfte auf Malta aufzusetzen. Über eine davon, die Malinvest Ltd., bei der Mix sogar als Geschäftsführer fungiert, seien im Frühjahr 2009 knapp 40 Millionen Euro in Cum-Ex geflossen,



Der Sitz der Warburg-Bank in Hamburg

vermuten die Ermittler. Vor allem aber soll Mix Kapital beschaffen. Die Valovis Bank, die den Karstadt-Rentnern gehört, wird dafür angezapft.

Am Freitag, dem 13. Februar 2009, schickt Mix per E-Mail eine Präsentation über die Steuereals an eine Managerin der Valovis Bank. Bei Fragen solle sie sich direkt an Hanno Bergers Kanzlei wenden. Eine Woche später erteilt die Bankmanagerin Berger in einer Telefonkonferenz den Auftrag, 50 Millionen Euro für Valovis zu reservieren. So steht es in einem Protokoll der Bank. 2010 investiert die Valovis Bank erneut 50 Millionen Euro in Cum-Ex. Nach nur drei Monaten fließt das Geld mit einem Gewinn von mehr als sechs Millionen Euro an die Bank zurück. Die Bankmanagerin wird dazu später in einer Vernehmung sagen, dass ihr kein Investment bekannt sei, bei dem eine solche Rendite »auf seriöse Art und Weise« zu erzielen sei. Allen Beteiligten sei klar gewesen, dass man sich in einer »Grauzone« bewege, aber Mix als Vertreter der Eigentümer habe die Deals »von Beginn an gefördert«. So berichtet es auch Benjamin Frey. Berger dagegen sagt auf Nachfrage der ZEIT, dass die »angebliche enge Geschäftsbeziehung« zwischen ihm und Ulrich Mix nicht ausschlaggebend für Cum-Ex-Investments der Valovis Bank gewesen sei.

Ein Jahr später, 2011, geht das Investment schief. Die Valovis Bank hat erneut Geld in einen Cum-Ex-Fonds gesteckt. Doch plötzlich fließt das Geld vom Staat nicht mehr wie gewohnt. Eine Sachbearbeiterin im Bundeszentralamt für Steuern verweigert die Auszahlung, weil sie vermutet, dass es sich um Betrug handeln könnte. 45 Millionen Euro sind futsch. Kurz darauf, 2012, geht die Valovis Bank pleite, die ge-

scheiterten Cum-Ex-Geschäfte tragen dazu bei. Der Einlagenversicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken übernimmt nun das Institut.

Nun, wo den Steuerräubern der Geldhahn zugeht ist, bricht die Cum-Ex-Branche zusammen. Die Beteiligten verklagen und verpfänden sich gegenseitig. Gegen Berger und eine Reihe von Komplizen wird ein Verfahren wegen bandenmäßiger Steuerhinterziehung und Betrugs eingeleitet. Mehrere Kronzeugen sagen aus. Spätestens im März 2016 geraten auch Mix und Haselmann in den Fokus der Ermittler.

Ulrich Mix verdient gut am Niedergang von Arcandor

Bei der Betriebsprüfung stößt sich die Staatsanwaltschaft Köln nicht zum laufenden Verfahren. Auf einen detaillierten Fragenkatalog der ZEIT an Mix und Haselmann antwortet ein von ihnen beauftragter Kommunikationsberater: »Wir bitten um Verständnis, dass wir unseren Mandanten raten, zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen nicht Stellung zu beziehen. Weitergehende Erklärungen werden wir daher nicht abgeben.«

Den KarstadtQuelle-Mitarbeiter-Trust gibt es noch heute. Und noch immer sind Mix und Haselmann für die Betriebsrenten von Tausenden ehemaligen Karstadt-Mitarbeitern zuständig, auch wenn seit der Arcandor-Pleite der Pensionsversicherungsverein die Zahlungen garantiert. Von den Cum-Ex-Geschäften wissen die Karstadt-Rentner im Restaurant Tünci bis heute nichts. Ebenso wenig von den großzügigen Zahlungen, die sich Mix und Haselmann gemeinsam. Allein 2017 hat die Deutsche Pensions Group mehr als 1,4 Millionen Euro an sie ausgeschüttet. Geld, das »im Wesentlichen« aus der Vermögensverwaltung für die Karstadt-Rentner stammt, so steht es im zuletzt veröffentlichten Jahresabschluss.

Wusste die Warburg-Bank also gar nicht, was sie tat? Das ist eher unwahrscheinlich. Bei Cum-Ex-Geschäften erwarb sie riesige Aktienpakete, hielt sie für wenige Tage und veräußerte sie dann wieder an den Verkäufer. Allein im Jahr 2010 hat Warburg auf diese Weise Aktien im Wert von 10,7 Milliarden Euro bewegt. So steht es in einem Bericht der Wirtschaftsprüfungsfirma Deloitte, die im Auftrag der Finanzaufsicht die Cum-Ex-Geschäfte von Warburg untersucht hat. Deloitte vermutet ebenso wie die Staatsanwaltschaft, dass es sich dabei um sogenannte Leerverkäufe gehandelt habe, also um den Handel mit Aktien, die sich der Verkäufer erst noch beschaffen muss. Bis 2012 konnten solche Leerverkäufe dazu führen, dass Steuerbescheinigungen mehrfach ausgestellt wurden, obwohl die Steuer nur einmal abgeführt wurde. Dadurch konnte sich sowohl der Verkäufer als auch der Käufer die Steuer erstatten lassen. Der Fiskus zahlte einmal zu viel.

Wusste man bei Warburg, dass man offenbar Aktien von einem Leerverkäufer erwarb? Dafür sprechen eine Reihe von Indizien, die von Wirtschaftsprüfern und Ermittlern zusammengetragen wurden. So heißt es im Deloitte-Bericht, die Deals seien im Detail abgesprochen, die Gegenpartei immer dieselbe gewesen. Vor allem aber hätte man bei Warburg angesichts der hohen Renditen wissen können, dass es sich um Leerverkäufe gehandelt habe und keine Steuer abgeführt wurde. Denn ohne sie seien solche Gewinne nur »schwer nachvollziehbar«, so die Deloitte-Prüfer. Anders gesagt: Ohne den Steuertrick ergeben die Warburg-Deals ökonomisch keinen Sinn. Auch ein ehemaliger Händler der Macquarie-Bank sagte bei der Staatsanwaltschaft aus, dass er mit Warburg Cum-Ex-Geschäfte durchgeführt habe, bei denen er als Leerverkäufer aufgetreten sei. Die Bank habe dies gewusst, die Deals seien abgesprochen gewesen. Die Profite hätte er kennen lassen, dass keine Steuer abgeführt worden sei. Die Bank teilt dazu mit: »Zu keinem Zeitpunkt war mit der Warburg-Bank abgesprochen, dass Aktien leer verkauft und keine Kapitalertragsteuer abgeführt werde.«

Die nun verklagte Deutsche Bank war bei diesen Geschäften weder Käufer noch Verkäufer, sondern fungierte als Depotbank eines Londoner Brokers, über den Warburg die Aktien kaufte. Das heißt, sie verwahrt die Aktien nur, ähnlich wie Geld für einen Kunden auf einem Girokonto. Trotzdem argumentiert Warburg nun, die Deutsche Bank hätte Sorge tragen müssen, dass die Steuer, die Warburg sich später erstatten ließ, zuvor auch abgeführt wurde.

Schon 2010 allerdings wurde der Warburg-Bank ein Schreiben der Deutschen Bank an das Finanzamt Wiesbaden übersandt. Darin beantwortet diese ein Auskunftsersuchen zu einem Cum-Ex-Fall, bei dem sie als Depotbank des Käufers diene. Auf drei Seiten erläutert die Deutsche Bank, dass sie nicht habe erkennen können, ob es sich um Leerverkäufe gehandelt habe und ob Steuern abgeführt wurden. Die Deloitte-Prüfer nehmen das in ihren Bericht auf, weil es darauf hindeuten könnte, dass die Warburg-Bank wusste, wie die Deutsche Bank die Dinge handhabt.

Nun aber argumentiert die Warburg-Bank, dass der Sachverhalt nicht vergleichbar sei. Die Deutsche Bank sei damals als ausländische Depotbank des Käufers aufgetreten. Im strittigen Fall sei sie aber die inländische Depotbank der Verkäufer und damit zur Zahlung der Steuer verpflichtet gewesen.

Ob das aus juristischer Sicht eine Rolle spielt, müssen wohl Richter entscheiden. Den Ruf der Warburg-Bank haben die Erkenntnisse der Ermittler aber schon jetzt beschädigt.